

# KREIS MAINZ-BIN

172 + 31.10.2013

## „Sprunk III“ auf der Liste

**RAT** Nackenheimer Baugebiet soll in zwei Abschnitten realisiert werden

Von Margit Dörr

**NACKENHEIM.** Ein intensiv diskutiertes Thema in der Sitzung des Gemeinderates war die Entwicklung des Baugebietes „Sprunk III“. Ortsbürgermeister Heinz Hassmer (CDU) sprach von einer „langen Geschichte“, die schon seit mehr als 20 Jahren im Raum stehe. Es sei nun gelungen, bei der Kreisverwaltung zu erwirken, dass ein Baugebiet von insgesamt sechs Hektar entstehen dürfe, das in zwei Abschnitten – jeweils drei Hektar – realisiert werden könnte.

Der Rat sollte über eine von drei Planungsvarianten entscheiden, die das Planungsbüro ISU aus Kaiserslautern vorgelegt hatte. Der Rat entschied sich dafür, das Thema noch einmal im Ausschuss zu diskutieren. Heinz-Peter Zimmermann (FWG) hielt es für angebracht, dass der Planer dem Rat ein Gesamtkonzept vorstellt. Claudia Hippchen (SPD) vertrat die Ansicht, dass man sich über die Sekundärkosten, wie Kindergartenplätze oder Ähnliches, Gedanken machen müsse, wenn ein neues Baugebiet erschlossen werden würde. Zudem gab sie zu bedenken, dass eine Flächenversiegelung stattfinden würde. Weiterhin

### IM RAT NOTIERT

► Die Arbeiten für das **schnellere Internet** in Nackenheim haben begonnen.

► Ortsbürgermeister Heinz Hassmer informierte, dass in der Gemeinde **vom Land 1,35 Millionen Euro eingegangen sind**, die im Rahmen des Baus des Bahnhaltdepots im Jahr 2005 noch ausstanden. Das Geld wird für die Schuldentilgung verwendet.

müsse man Leerstände im Ortskern im Auge behalten.

Der Ortsbürgermeister hielt dagegen, dass eine höhere Einwohnerzahl auch mit einem höheren Einkommenssteueranteil verbunden ist, der der Gemeinde zukommt. Jean-Christophe Cossutta (CDU) bemerkte zu den Kindergärten, dass diese bereits mit dem Blick in die Zukunft gebaut worden seien. „Wenn wir nicht bauen, stehen die Kitas leer“, so Cossutta. Alfred Feist (CDU) machte deutlich, dass es zunächst nur um die Änderung des Flächennutzungsplans gehe und mit einer Realisierung erst in etwa zehn Jahren zu rechnen sei.

Auch zur Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED wurde

kein Beschluss herbeigeführt, sondern in den Ausschuss verwiesen. Ab dem Jahr 2015 sind die vielfach noch gebräuchlichen Quecksilber-Dampfleuchten verboten. Dies macht eine Umstellung auf eine andere Technologie erforderlich. Das Bundesförderprogramm unterstützt die Anschaffung von energieeffizienten LED-Leuchten mit 20 Prozent. Für die Umrüstung der Leuchten in der Gemeinde, die Kosten in Höhe von 98 000 Euro verursacht, wurden bereits 19 600 Euro bewilligt. Kritische Stimmen zu der LED-Technik kamen vor allem aus der FWG-Fraktion, aber auch Cossutta zeigte sich nicht überzeugt von der LED-Technik.

Einstimmig beschloss der Rat den Jahresabschluss 2012, der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft worden war und keine Beanstandungen ergeben hatte. Positiv hob der Vortragende Cossutta hervor, dass das Eigenkapital der Gemeinde um 166 000 Euro auf 12,4 Millionen Euro gewachsen ist. Die Verbindlichkeiten der Gemeinde sind um 787 700 Euro auf 15,2 Millionen Euro gefallen. Weder in der Ergebnisrechnung noch in der Finanzrechnung konnte ein Ausgleich erreicht werden.